

## Vorsicht: Ein globales Bauernlegen ist in Vorbereitung!

Das Kulturland nimmt weiter ab. Ackerflächen werden extensiviert und renaturiert, die Verwilderung des Kulturlandes ist in europäischen Ländern bereits eine der angestrebten Richtungen der 'Landwirtschaftspolitik'. Die Nahrungsmittelimporte nehmen deswegen zu, während andererseits die Lieferketten global torpediert werden. Von Ernährungssicherheit durch Import kann unter solchen Umständen keine Rede mehr sein.

Die KMU-Wirtschaft versucht im Export noch etwas zu verdienen, während diese Erträge an der Heimatfront durch eine sich verschärfende Einwanderung wieder aufgefressen werden.

In der Energiepolitik schaltet man die bestehende Produktion ab, bevor taugliche Alternativen gebaut sind. Der Abbau der Versorgungssicherheit wird auch hier energisch vorangetrieben. Durch eine aus Kreisen des WEF und der Globalpolitik geforderte Umstellung der Wirtschaft im Rahmen eines Green New Deal auf «grüne Wirtschaft» und «grüne Investments» sollen Innovationen gefördert werden, welche die fehlenden Erträge der zur Zeit vorangetriebenen Desindustrialisierung ersetzen sollen.

Doch wie soll das gehen?

Will man beispielsweise die Landwirtschaft ökologisch betreiben, steigen die Kosten und sinken die Erträge. Verknappt und verteuert man der gesamten Wirtschaft die Energie, steigen auch dort die Kosten an. Wir erinnern uns genau, mit welchen Argumenten man die Trennung der Kraftwerke von den Netzen vorangetrieben hatte. Jetzt ist das einer der verwundbarsten Punkte der Versorgungssicherheit. Kurz: eine solche wirtschaftliche Reformpolitik wird nie rentieren und die Wirtschaft nur weiter schädigen.

Gemäss der Weltbank beträgt der Wert von realen Gütern und Dienstleistungen weltweit 90 Billionen Dollar. Demgegenüber beträgt die Blase der Finanzwirtschaft bereits mehr als 500 Billionen Dollar, die ausserhalb der Realwirtschaft von den Black Rocks und Konsorten im Kreis herumgeschoben und die mit Milliarden von aus dem Nichts ins Finanzsystem gepumpten Dollars durch die Banken und Zentralbanken gemästet werden. Inzwischen ist auch diesen Kreisen klar geworden, dass dies so nicht weitergeführt werden kann.

Was also machen mit diesem riesigen überschüssigen Geldvermögen, bevor es zerfällt? Ihre Idee ist, damit einen «Green New Deal» zu finanzieren.

Damit ist aber die Frage noch nicht beantwortet, wie der Umbau auf eine ökologische Wirtschaft im Vergleich zur Wachstumswirtschaft je im Sinne des Investments rentieren soll. Dies soll dadurch erreicht werden, indem man grosse Flächen unserer Erde, Wälder, Wasserreservoirs, Agrarland zusammenkauft, um später auf die mit diesem Eigentum verbundenen «Ökosystemleistungen» von der breiten Bevölkerung als Bezüger von Umweltleistungen einträgliche Abgaben zu verlangen.

Dabei schätzt das Investmentbanking die Werte der Ökosysteme der Natur auf weltweit 4 Billionen (4'000 Billionen) Dollar.

Mit dem Einsatz von 500 Billionen Dollar kann also ein Wert von ca. 4'000 Billionen Dollar erworben werden.

Damit wird verständlich, wie von den Regierungen der USA und der EU locker von mehreren Billionen Dollar oder Euro gesprochen wird, die man in den nächsten Jahren in die «Grüne Wirtschaft» stecken wolle.

Wie das im Detail aussehen kann, wird aus der EU-Taxonomieverordnung deutlich. Darin sind ökologische Standards für verschiedene wirtschaftliche Aktivitäten formuliert, die im Bauwesen, der Landwirtschaft und weiteren Bereichen, welche die Umwelt berühren, zur Anwendung kommen sollen. Beispielsweise führt das dazu, dass Banken nur noch Kredite vergeben für nachhaltige Investitionen und dafür auch keinen Zins verlangen, was bei der in der ökologischen Wirtschaft fehlenden Rendite zu einer übermässigen Fremdfinanzierung eben durch die Banken führen muss. Dadurch werden Investitionen gefördert, die sonst aus rein kalkulatorischen Gründen von den Einzelunternehmen nicht getätigt würden. Steigen später dann doch die Zinsen, dann kann die Bank das Eigentum an sich ziehen. Die Banken und Investoren möchten von der Wertdifferenz zwischen 90 und 4'000 Billionen Dollar profitieren und als künftige Eigentümer von ausgedehnten Ländereien, Wäldern, Trinkwasserleitern, bis hin zu Wildgebieten umfunktionierten Kulturlandschaften etc., etc. nach der Manier von Feudalherren Abgaben auf ihre 'taxonomisch' an der Demokratie vorbei eingeführten «Ökosystemleistungen» einkassieren.

Auf jeden Fall wissen wir jetzt, warum «grüne Investments» besser rentieren sollen und warum die Finanzwirtschaft derart selbstsicher warnt, wer hier nicht auf den grossen «Umbruch» eintrete, später mit hohen Verlusten rechnen müsse. Dies wird zu einem gigantischen 'Bauernlegen' führen bis weit in die mittelständische Wirtschaft hinein.

Es gibt in der jetzigen Situation nur eines: eine klare, verfassungstreue Politik der Ernährungssicherung mit einer eigenen Landwirtschaft und eine klare Ablehnung von politischen Agenden, welche unter dem Deckmantel der «Ökologie» die ganze Versorgungswirtschaft in die Fremdadhängigkeit zu treiben versuchen.

Zürich, 7. November 2021

Hans Bieri  
Schweizerische Vereinigung  
Industrie und Landwirtschaft  
SVIL